

Die SPD-Fraktion in Bassum:

Kommunalpolitische
Leitlinien

Spiekerooger Beschlüsse 2010

Die Kommunalpolitischen Leitlinien der SPD-Fraktion in Bassum wurden auf der 9. Klausurtagung auf Spiekeroog in der Zeit vom 5. bis 7. März 2010 diskutiert und vorbereitet. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren:

Maik Dannemann

Bärbel Ehrich

Carsten Fiebig

Dr. Christoph Lanzendörfer

Nikolas Lanzendörfer

Katharina Mehla

Luzia Moldenhauer

Dorit Schlemermeyer

Manfred Schmidt

André Schulz

Martin Wolle

Auf der Fraktionssitzung der Fraktion am 21.4.2010 wurden die Leitlinien als

Spiekerooger Beschlüsse 2010

verabschiedet.

© im Auftrag der Fraktion: Dr. Christoph Lanzendörfer, 2010

Grundsätze

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bassum ist bestrebt, die Grundwerte der Sozialdemokratie in ihrer praktischen Politik umzusetzen:

- Freiheit
- Gerechtigkeit
- Solidarität

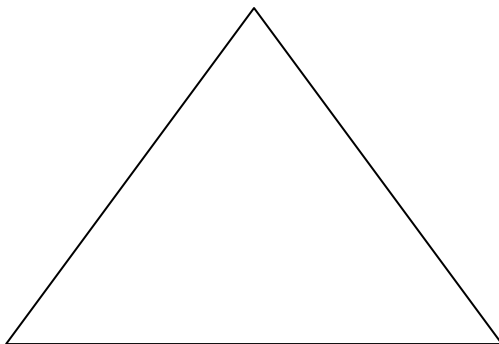
Sozialdemokratische Kommunalpolitik in und für Bassum hat das Ziel, den hier lebenden Menschen und den kommenden Generationen ein Leben in freier Gestaltung ihrer persönlichen Lebensweise, in einem gerechten Zusammenleben und in einer auch das Gemeinwohl als Wert betrachtenden solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir sehen nicht nur in den jetzt lebenden Menschen Partner in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch in den uns nachfolgenden Generationen. Ihnen sind wir verpflichtet, eine Welt vorzubereiten, die ihnen die gleichen Möglichkeiten in den von ihnen gewollten Entwicklungen bietet. Wir wollen eine **Politik der Nachhaltigkeit** betreiben, die die Lasten weder einseitig auf die jetzige noch auf die kommenden Generationen verteilt. Wir wollen eine **Politik der vernünftigen Entwicklung** unterstützen.

Eine Politik des Nichtstuns, des Versäumens von Aufgaben erledigung führt zu einer leeren Welt für die kommenden Generationen. Eine Politik der Konsumhaltung ohne Werte zu schaffen führt ebenfalls zu Belastungen für die kommenden Menschen, die sie nicht verursacht haben.

Wir fühlen uns dem **Dreieck der Nachhaltigkeit** der Lokalen Agenda 21 verpflichtet und versuchen es zum Maßstab unserer Politik zu machen:

wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit



ökologische Verantwortung

soziale Gerechtigkeit

sind die Eckpunkte einer Politik für die jetzigen und zukünftigen Menschen, mit deren Hilfe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Konkret bedeutet das, dass wir jede Maßnahme in der Stadt Bassum darauf untersuchen, ob sie zu wirtschaftlicher Stabilität und Leistungsfähigkeit, zu ökologischer Nachhaltigkeit **und** zu sozialer Gerechtigkeit führt. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir uns immer wieder neu Gedanken über die Entwicklung machen und sie kritisch begleiten.

Kommunalpolitik lässt, anders als andere Politikbereiche, ihre Auswirkungen sofort bemerken. Die Folgen von Be-

schlüssen werden in den meisten Fällen sofort spürbar, sei es die Ausweisung von Baugebieten oder sei es der Bau von Straßen und dem damit verbundenen Fällen von Bäumen, seien es Veränderungen in Angeboten von Kindertageseinrichtungen oder der Unterstützung von Vereinen und Verbänden. Leider kann dies auch dazu führen, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. Desto wichtiger sind nach Ansicht der SPD in Bassum eine sorgfältige Besprechung und Abwägung der Maßnahmen, verbunden mit einer Diskussion über die hinter einzelnen Maßnahmen stehenden Beweggründe. Wir überprüfen Entwicklungen an Hand unserer Grundwerte. Wir sind bewusst Parteimitglieder und bekennen uns engagiert dazu. Wir sind offen und ehrlich und bekennen uns zu den sozialdemokratischen Grundwerten, die zu verwirklichen wir in Bassum helfen wollen.

Die Schwerpunkte

Unsere Umwelt und unsere Verantwortung

Die SPD-Fraktion in Bassum fordert die Erstellung eines städtischen Klimaschutzkonzepts. In diesem Konzept sollen alle Aspekte kommunaler Aufgaben aufgenommen werden, die klimatische Auswirkungen haben.

Wünschenswert ist hierfür die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, besonders Stuhr und Syke, die schon entsprechende Initiativen entwickelt haben.

Die SPD sieht für eine Arbeit dieser Größenordnung die Notwendigkeit, neben der Verwaltung weitere Initiativen aus der Bevölkerung wie z.B. Agenda-Gruppen einzubeziehen. Der Stadtrat soll dieses Thema aufgreifen und begleiten. Solange Fördermittel seitens der EU bereitgestellt werden, soll hierauf zurückgegriffen werden.

Wirtschaft und Finanzen

Ein zukünftiges Leitbild für Bassum wird **Handel, mittelständisches Gewerbe** und **Dienstleistungen** als Zentralschwerpunkte beinhalten.

Berücksichtigen müssen wir, dass der demografische Wandel nicht nur das Älterwerden der Bevölkerung beinhaltet. Zum demografischen Wandel gehören erhebliche Eingriffe in das Zusammenleben der Menschen durch Veränderung von Berufs- und Geschäftszeiten, eine als „Flexibilität“ beschönigend beschriebene Dauerverfügbarkeit der Arbeits-

den, zunehmende Belastungen durch Wochenend-, Spät- oder Nacharbeitszeit. Zugleich sehen wir, dass in der Stadt Bassum schon seit der Volkszählung 1988/89 über 35% Einpersonenhaushalte meist Älterer zu verzeichnen sind, dass die wirtschaftliche Entwicklung aber auch mehr Mobilisierung verlangt, was für Ältere und chronisch Kranke schwer zu erbringen ist: Diese Menschen nehmen an der gesellschaftlichen Entwicklung nur noch bedingt teil, sie können die Forderung nach Mobilität nicht erbringen. Einkaufsgebiete müssen demnach auch in der Innenstadt fußläufig erreichbar sein. Eine Politik der Förderung von Handelsketten, die ausschließlich per Auto zu erreichen sind, schließt diese Menschen unbewusst, möglicherweise wegen ihrer geringeren Kaufkraft auch bewusst aus.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik weist die in Kauf genommenen Folgen eines solchen Handelns energisch zurück!

Für eine Gemeinde der Größe Bassums ist das **Zentrum** nicht nur ein Ort zum Einkaufen, sondern auch zum Bummeln oder zur Gelegenheit zum Gespräch. Daher wollen wir **durchgehende Einkaufsachsen** Sulinger Straße / Lange Straße und Bahnhofstraße / Kirchstraße fördern. Hier möchten wir auch die Möglichkeit zur **Gastronomie** verstärkt gefördert sehen, so dass wir aus diesem Bereich eine lebendige Innenstadt wachsen sehen. Auch aus diesem Grunde fordern wir den Ausbau des **Bremer Platzes** zu einem optisch ansprechenden Zentralplatz mit vermindertem PKW-Verkehr, Möglichkeit der Außenbewirtung und der Errichtung eines Mittelpunkts, im optimalen Falle eines Brunnens. Wir sehen in der Entwicklung innerhalb der **Sulinger Straße** positive Ansätze. Auch wenn das massierte Auftreten

gesichtsloser Kettengeschäfte das unverwechselbare Gesicht Bassums geschädigt hat, gibt es die Chance zum Wandel durch Gründung ortsgebundener Geschäfte. Wichtig für die Versorgung älterer, teilweise immobiler Menschen ist die Möglichkeit zum Einkauf von Lebensmitteln. Es nutzt den meisten Menschen wenig, sich in gleich drei großen Drogeriemärkten einzudecken, wenn Milch, Käse und Kartoffeln von weither angeschafft werden müssen.

Wir fordern die Unterstützung für ein **Geschäft der Direktvermarkter**.

Gegen jede vernünftige Planung (z.B. CIMEG-Gutachten) wurde in der nördlichen Bremer Straße eine ortskernunabhängige Zentrierung von Einkaufsmärkten durchgepresst. Für eine stattliche Anzahl von Bassumerinnen und Bassumer bringt die Verlagerung weg vom Ortskern Nachteile. Wir fordern eine Überprüfung, die **fußläufige Erreichbarkeit** dieses Gebiets zu verbessern, insbesondere durch eine Verbreiterung des Fußwegs südlich des Kreisel.

Das Marketing der Geschäftstreibenden stellt sich bezüglich gemeinsamer Ziele, Öffnungszeiten und Auftreten uneinheitlich dar. Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation.

Schwerpunkt wird weiterhin die **Landwirtschaft** sein. Hier wenden wir uns gegen Monokulturen. Wir müssen bei den entstehenden Bioenergieanlagen auch die Folgen der Landwirtschaft hin zu einer Monokultur (Mais) berücksichtigen. Der Landwirtschaft sollen nicht mehr benötigte Wege und Straßen als Anbaufläche zur Verfügung gestellt werden, vorausgesetzt es kann in örtlichem Bezug ein ökologischer Ausgleich durch Hecken oder Grünflächen geschaffen werden.

Die Finanzwirtschaft stellt sich in Bassum kompliziert dar. Derzeit liegen wir mit unseren Steuerhebesätzen im vergleichbaren Mittelfeld Niedersachsens. Erhöht sich aber der Mittelwert durch Anhebung der Hebesätze anderer Gemeinden, wird uns diese Differenz zu unseren Hebesätzen bei den Schlüsselzuweisungen abgezogen.

Dennoch wollen wir die **bisherigen Steuerhebesätze beibehalten**. Weitere Belastungen unserer Bevölkerung sind nur vertretbar, wenn dafür eine erkennbare Verbesserung der Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen eintritt. Das ist aber nicht erkennbar.

Die Darstellung der Stadt Bassum wirkt sehr uneinheitlich, im Grunde genommen chaotisch und zufällig gestaltet. Wir fordern zur verbesserten Wiedererkennung städtischer Informationen eine **einheitliche und durchgehende Gestaltung** der Öffentlichkeitsarbeit. Schwerpunkt soll dabei die Darstellung unserer Besonderheiten sein, um den **Tages- oder Nahtourismus** zu fördern. Eine Interessengruppe wird dabei unterstützt, die Rad- und Wanderwege neu zu beschildern. Die örtliche Gastronomie wird dabei so eingebunden, dass Rad-, Reit- und Wanderwege in ihrer Nähe vorbeiführen.

Wir sehen in einem zukünftigen Bassum den **Nah- oder sanften Tourismus** verwirklicht: unsere schöne Landschaft genießend, die Sehenswürdigkeiten betrachtend, damit eine Brücke zu früheren Generationen und deren Leistungen bauend, die Gastronomie nutzend sollen Tages-, Rad- oder Wandertouristen Bassum kennen lernen. Initiativen wie die vorbildliche Gestaltung des **kulturhistorischen Pfades** oder

die Initiative der **Gästeführerinnen und Gästeführer** werden unbedingt unterstützt.

In diesem Zusammenhang fordert die SPD die weitere Ausgestaltung des Tourismusbereichs in der Verwaltung. Wir regen an, **Kombinationsangebote** wie *Rad und Ton* zu schaffen: in diesem Fall die Verbindung einer geführten Radtour mit einer abschließenden Musikveranstaltung, z.B. dem Sommersingen der Liedertafel.

Kultur und Bildung - Freizeit

Die SPD in Bassum sieht den wichtigsten kommunalen Beitrag in der vor- und außerschulischen Bildung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum **Prinzip des lebenslangen Lernens**. Unsere Kommunalpolitik wird von diesem Gedanken geleitet.

Frühkindliche Bildung umfasst seitens der Stadt Bassum zu gewährleistende Angebote wie **Krippenplätze**, auch in Verbindung mit dem Engagement des **Mütter-Kinder-Zentrums**. Wo sich Gemeinsamkeiten ergeben, sollten diese genutzt werden.

Gruppen in den städtischen **Kindertageseinrichtungen** sollen personell so gefördert werden, dass konstante Betreuung und Bindung zwischen Kindern und Fachkräften möglich sind. Tageseinsätze von Betreuungskräften aus Zeitarbeitsverträgen sind nur im anderweitig nicht regelbaren Sonderfall zu akzeptieren.

Die KiTas können durch Sondergruppen nach Bedarf ergänzt werden, grundsätzlich fühlt sich die SPD in Bassum

dem **UNO-Prinzip der Inkludierung** von Menschen mit Behinderungen verbunden.

Wir fördern und unterstützen die konfessionellen Kindergärten wie in den Verträgen mit den Kirchengemeinden vorgesehen. Die Haushalte der KiTas Rentei und Nordwohlde sollen dem Verwaltungsausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Hortangebote sollen den Grundschulen angegliedert werden. Hierfür müssen entsprechende räumliche und ausstattungstechnische Veränderungen erfolgen.

Die **Grundschulen** sollen an den bisherigen Standorten Bassum, Bramstedt, Neubruchhausen und Nordwohlde weiter betrieben werden. Voraussetzung ist jeweils die erforderliche Anzahl von Schülerinnen und Schüler. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und die sozialen Kontakte der Kinder zu behalten, werden an den **Schulstandorten auch Kindertagesstätten** betrieben.

Die Grundschulen benötigen eine adäquate Ausstattung, die den Betrieb als **echte Ganztagschule** gewährleistet. Ziel der SPD sind kleinere Klassen. Insofern unterstützt sie jede landesweite Initiative, die zu diesem Ziel führt.

In Bassum muss es möglich sein, vom Kindergarten bis zur Hochschulreife alle Schulformen zu durchlaufen. Ausschlaggebend hierfür sind pädagogische, ökonomische und ökologische Gründe. Am besten wird das gymnasiale Angebot in einer Integrierten Gesamtschule **IGS** erfüllt. Da der gesellschaftliche Konsens hierzu zur Zeit aber noch fehlt, ist übergangsweise als Mindeststandard eine Kooperative Gesamtschule **KGS** akzeptabel.

Die beiden durch Initiativen gegründeten nichtöffentlichen Schulen „Freie Schule Prinzhöfte, Bassum“ und „Lukas Schule“ erfüllen **Nischenangebote**. Sie sind in einem Maße

zu unterstützen, das die öffentlichen Schulen in ihrem Bestand nicht nachhaltig schadet. Die SPD bekennt sich zu einem öffentlichen Schulwesen, anerkennt aber die Bedeutung der Schulen.

In den Ganztagschulen wird die Ernährung wichtiger. Wir fordern eine nicht nach ökonomischen Kriterien ausgerichtete Ernährung, sondern eine **Schulspeisung** nach den Kriterien einer gesunden, ausgewogenen Kost. Da die amtierende schwarz-gelbe Landesregierung bereits vor der Verwaltungsaufgabe des **Schulapfels** kapituliert, soll die Stadt Bassum dieses Modell als städtische Aufgabe übernehmen. Hier ist eine Kombination mit einem Schul- oder Stadtobergarten als pädagogische Einrichtung eine mögliche Aufgabenerledigung.

Die **Kulturarbeit** wird durch ehrenamtliches Engagement z.B. innerhalb der Stadtbücherei oder im Kulturmenü hervorragend begleitet. Wir werden diese Arbeit weiter unterstützen.

Die **Vereins- und Verbandsarbeit** nimmt trotz insgesamt sinkenden Engagements der eigenen Vereinsmitglieder einen Schwerpunkt des kommunalen Miteinanders ein. Aufgabe der Stadt ist es nach Ansicht der SPD, subsidiär dort unterstützend zu wirken, wo die Vereine alleine die Aufgaben nicht meistern können. Deswegen bekennt sich die SPD zur Vereinsförderung aus öffentlichen Mitteln, zumal im Jugendbereich.

Die allgemeinen **Sportvereine** erhalten als grundsätzliche Förderung für ihre unterschiedlichen Angebote das Nutzungsrecht in den städtischen Sporthallen und auf den kommunalen Sportflächen. Erweiterungen von Sportflächen

müssen nach einem Konzept erarbeitet werden, das eine möglichst weite Beteiligung ermöglicht.

Städtische Angebote wie das **naturnahe Familien- und Freizeitbad**, das **Hallenbad** oder den **Tierpark** fassen wir nicht nur als Freizeitangebot auf, sie dienen auch als kommunale Identifikationsobjekte. Deswegen begrüßen und fördern wir die ehrenamtliche Arbeit und Unterhaltung, soweit es möglich erscheint. Das Naturbad ist als Wirtschaftseinrichtung allerdings nur bedingt ehrenamtlich zu führen. Hierfür streben wir wieder eine Führung durch die Stadt an. Die bisherige Handhabung hat sich nicht bewährt.

Soziales

Aus rein historischen Gründen (Norddeutsches Prinzip der kommunalen Versorgung) liegt die Verantwortung für die soziale Sicherung bei den Kommunen. Dies muss nicht immer so bleiben, zumal durch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung den Kommunen systematisch und willkürlich die Mittel für diese Leistungserledigung entzogen werden.

Die SPD in Bassum setzt sich in ihren Gremien für eine Änderung der sozialen Sicherung als Aufgabe des Bundes ein.

Unsere kommunalen Aufgaben im Sozialbereich sehen schwerpunktmäßig Förderung im Bereich der **Senioren** und der **Jugend** vor.

Die SPD begrüßt die Initiative des Rates, für diese beiden Bereiche eigene Ratsbeauftragte ernannt zu haben, die an der Entwicklung von Konzepten federführend wirken sollen. Leider haben Bürgermeister und engere Verwaltung diese Aufgabenstellung bisher eher als Konkurrenz aufgefasst und nicht als Möglichkeit, gemeinsam etwas zu erreichen. Wir hoffen, dass sich diese Haltung hin zu einer verstärkten Zusammenarbeit entwickelt.

Die Idee eines **Mehrgenerationenhauses**, in dem Angebote für Senioren und Jugendliche bei Beteiligung der Mittelgeneration zugleich entwickelt werden, ist eine interessante Möglichkeit, zu einem besseren intergenerativen Verständnis zu kommen. Wir wollen diese Entwicklung finanziell und ideell fördern. Wir erwarten von jeder Organisation, die Fördermittel der Stadt erhält, eine Beteiligung an diesem Vorhaben.

Als ersten Schritt sehen wir die Erweiterung des Familienservicebüros um eine **Seniorenberatungsstelle**. Diese soll in örtlicher Nähe zur Verwaltung barrierefrei eingerichtet werden. Das Mehrgenerationenhaus kann aus dieser Keimzelle entstehen.

Bei allen städtischen Vorhaben sollen die beiden Ratsbeauftragten nach Auswirkungen auf ihre jeweiligen Gebiete befragt werden.

Bauen

Bei unserer Forderung nach einem städtebaulichen Leitentwurf hat die Verwaltung großartige Arbeiten geliefert. Ge-

rade eine landwirtschaftlich geprägte Flächenstadt wie Bassum, die 16,8 km² und damit 10% ihrer Gesamtfläche durch Bauten oder Straßen versiegelt hat, muss vorsichtig mit der nicht ersetzbaren Ressource *Boden* umgehen.

Derzeit bedarf es keiner weiteren Baugebiete, da Flächen insbesondere in Bramstedt und Bassum noch nicht bebaut sind. Das **Dichterinnenviertel** wurde von uns in der Planung positiv begleitet, Nachbesserungsvorschläge übernommen und weitere finanzielle Leistungen bereit gestellt. Desto enttäuschter müssen wir feststellen, dass der Vermarkter es nicht geschafft hat, diese Flächen ausreichend bebauen zu lassen.

Um einer Zersiedelung im Umland vorzubeugen, sollten Baugebiete dort nur sehr vorsichtig ausgewiesen und im Austausch für den Abriss älterer Gebäude bebaut werden.

Als ehrgeiziges Ziel stellen wir uns das **Pflanzen** von etwa 165 Bäumen jährlich im öffentlichen Bereich vor: für jeden hundertsten Einwohner sollte jährlich ein Baum gepflanzt werden.

Beziehung Politik - Verwaltung

Der Stadtrat in seiner Gesamtheit ist die Vertretung der Bevölkerung und damit oberster Souverän der Kommune. Der Stadtrat bestimmt die Richtlinien der Politik.

Politik ist nicht Verwaltung, aber der Bürgermeister ist sowohl Politiker als auch Verwalter. Diesem Spannungsverhältnis muss sich jeder Amtsinhaber und jede Amtsinhaberin stellen. Gerade hier zeigt sich ja die Kompetenz eines

Hauptverwaltungsverwaltungsbeamten: Die unterschiedlichen Aufgaben und ihre Darsteller nicht als Konkurrenz, sondern als Gemeinsamkeit zu begreifen.

Als persönlich gewählter Repräsentant der Bevölkerung haben der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin eine Präsenzpflicht in der Öffentlichkeit. Hierfür hat der Stadtrat die erforderlichen Ressourcen an sachlichem und finanziellen Aufwand und Zeit durch Vertretung anderer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Nicht jede Diskussion über die Ausgestaltung dieser Mittel darf aber als Angriff auf die Person des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin aufgefasst werden. Beispielsweise steht dem Bürgermeister selbstverständlich zur Erfüllung der Aufgaben eine Fahrtmöglichkeit zu. Nach unserer Auffassung ist diese Fahrtmöglichkeit aber strikt nur für dienstliche und nicht für private Zwecke wie Urlaubsfahrten nutzbar. Wir lehnen generell die Übertragung öffentlichen Eigentums zur privaten Nutzung auch bei Teilkostenerstattung ab.

Hoheitliche und Aufgaben der öffentlichen Sicherheit bedürfen grundsätzlich nicht der politischen Zustimmung.

Ausblick

1974 wurden 16 Gemeinden zur Stadt Bassum als Einheitsgemeinde zusammengeschlossen. Dies war sinnvoll und erforderlich, da Gemeinden mit 200 bis 1.500 Einwohnerinnen und Einwohnern nicht überlebensfähig waren.

Nichts lässt erkennen, dass mit diesem 36 Jahre alten Zusammenschluss eine Regelung für die Ewigkeit getroffen worden sein muss. Im Gegenteil: es werden Zuschüsse landes- oder europaweit bereits jetzt für die Interessenbündelung von Gemeinden vergeben, die ein Vielfaches der Einwohnerzahl Bassums haben. Zudem fördert die Landesregierung solche interkommunalen Zusammenschlüsse, sei es,

dass ganze bisher selbstständige Gemeinden sich zu einer neuen zusammenschließen (Beispiel Hoya und Eystrup) oder dass sich innerhalb einer Samtgemeinde einzelne Mitgliedsgemeinden zu einem Zusammenschluss durchringen (Beispiel Bruchhausen-Vilsen).

Die SPD in Bassum steht dieser Entwicklung positiv gegenüber: Es geht uns in erster Linie um eine Verbesserung der Situation der Einwohnerinnen und Einwohner und nicht um ein sinnfreies Klebenbleiben an alten Strukturen.

Wir sehen bereits jetzt etliche Punkte, die nur in einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden erreicht werden können. Die Stadt Bassum beteiligt sich schon gemeinsam mit der Stadt Syke und der Gemeinde Bruchhausen-Vilsen um eine Neubewertung der Energieversorgung. Um

hier Positives zu schaffen, ist auch Transparenz der politischen Gremien durch einheitliche Strukturen erforderlich. Eine größere Kommune macht auch Mittelinstanzen wie einen Landkreis überflüssig und fördert damit das Prinzip direkter Vertretung.

Die SPD in Bassum lädt alle Interessierten zu einem dauernden Gespräch über die Entwicklung der Stadt ein. Sie lädt ein zur Beteiligung an der politischen Arbeit.

Wer sich über unsere Arbeit informieren möchte, kann dies auf unserer Seite

www.spd-bassum.de

fast tagesaktuell tun. Kontakt zur Fraktion finden Sie unter

fraktion@spd-bassum.de,

zur Partei unter

vorstand@spd-bassum.de.

Bassum, den 29.4.2010

Was ich noch sagen wollte:

Was ich noch fragen wollte: